



Zur Zeit kann man beinahe täglich in den Zeitungen neues über die Kürzungen bei den Filmfestivals in Niedersachsen lesen. Auslöser war eine Pressemitteilung des Film & Medienbüros Niedersachsen (FMB) mit der Überschrift ›Gegen die Wand‹ und einem Protest gegen die Kürzungen des Landes bei der Filmförderung, insbesondere bei den Filmfestivals. Diese wurden vom Vergabeausschuss der nordmedia für 2005 mit Zuschuss-Kürzungen von 25 bis 100 % belegt.

Der selbe Vergabeausschuss verkündete noch im Sommer 2003: ›Die überregional bedeutenden Festivals, die z. T. internationale Ausstrahlungskraft besitzen, sollen in ihrem Bestand gesichert und gestärkt werden‹.

Am Internationalen Film Festival ›up-andcoming‹ in Hannover entzündete sich jetzt eine Kontroverse zwischen dem Land Niedersachsen und dem NDR, die symptomatisch ist für die neue Art der Auseinandersetzung, die zunehmend in der Öffentlichkeit geführt wird.

Die Neue Presse Hannover berichtete auf Seite 1 ›NDR gibt kein Geld mehr für Film- Festival‹. Der Bundespräsident Horst Köhler habe die Schirmherrschaft für ›up and coming‹ übernommen und beinahe zeitgleich ziehe sich der NDR aus der Förderung komplett zurück. Tags darauf dann weitere Berichte und Stellungnahmen von Ayse Polat und Dennis Gansel, ehemalige Teilnehmer des Festivals, die den hohen Stellenwert dieses Festivals für den Nachwuchs eindrücklich unterstrichen und kein Verständnis für die Kürzungen zeigten.

›Haltet den Dieb‹

Eine Sprecherin der Landesregierung erklärte, man bedauere, dass sich der NDR aus der Festivalförderung verabschiedet habe. Man wolle eine Diskussion mit dem NDR und der nordmedia über die Förderpraxis und die Förderverfahren.

Tags darauf dann eine Entgegnung des NDR, der zu recht darauf hinwies, dass ja auch das Land erhebliche Kürzungen bei seinen Fördermitteln vorgenommen habe. Möglicherweise wolle das Land jetzt nach dem Motto ›Haltet den Dieb‹ von seiner Mitwirkung ablenken, denn schließlich sitze das Land gleichberechtigt mit dem NDR im nordmedia-Vergabegremium, so Martin Garzke vom NDR Hannover.

Wie geht es nun weiter? Die notwendige Reform der nordmedia darf weder im Streit zerredet noch behördenintern beschlossen werden. Das Film & Medienbüro hat bereits in seiner

Pressemitteilung vom 21.01.05 die Landesregierung und die im Landtag vertretenen Parteien aufgefordert, die überproportionalen Kürzungen bei der Filmförderung zurück zu nehmen sowie die Filmförderpolitik neu auszurichten.

Erste Ansätze sind durchaus in dem einstimmig im Landtag verabschiedeten Antrag zu erkennen. Weitere Schritte sind aber unverzichtbar um die Rahmenbedingungen und die finanzielle Basis zu verbessern. Das FMB erwartet deshalb eine politische Initiative der Landesregierung mit dem Ziel, gemeinsam mit den Medienschaffenden Perspektiven für Filmkultur und Filmwirtschaft zu entwickeln, um diesen wichtigen Sektor nachhaltig zu stärken und Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.

Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe des RUNDBRIEF Mitte Mai. Bleiben Sie dran, z.B. durch ein Abo, sofern Sie noch keines haben. Wir können Ihre Unterstützung dringend gebrauchen.

Karl Maier